

# DIGITALE DEMOKRATIE – FLUCH ODER SEGEN?

**FRANZ JOSEF PSCHIERER** || Das Internet wurde von Anfang an als Kommunikations-Revolution verstanden – während die wirtschaftlichen Aspekte, die wir heute als Digitalisierung vorantreiben, erst später offensichtlich wurden. Als Instrument für Transparenz, Meinungsvielfalt und neues Kommunikationsmittel gab es immer auch die Hoffnung, das „Netz“ werde einen Beitrag zur weiteren Demokratisierung leisten. Heute, da das Internet allgegenwärtig ist, ist es daher an der Zeit, einmal Bilanz zu ziehen, wo wir in Sachen digitaler Demokratie stehen und wie die Digitalisierung ein Mehr an Bürgerbeteiligung bewirken kann.

Bereits in der Frühphase des Internets zeigt sich die wechselvolle Geschichte dieser Technologie: Als Projekt des US-Verteidigungsministeriums gestartet und damit einem geschlossenen Personenkreis zugänglich, wurde 1969 mit der Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Universitäten in den USA der Grundstein für die weltweite Verbreitung des Internets gelegt. Es folgten eine rasante Ausbreitung und die Entwicklung einer Vielzahl an Anwendungen und Tools. Damit einher ging die Hoffnung, dass das Internet einen entscheidenden Beitrag zu Transparenz, Informations- beziehungsweise Kommunikationsfreiheit und so zur Demokratisierung in allen Ecken der Welt führen werde.

Ohne zu viel vorwegnehmen zu wollen: Diese Hoffnung hat sich nur in Teilen bewahrt, und schon bald wurden auch die Schattenseiten der allgegenwärtigen Vernetzung offensichtlich. Das Internet hat eben nicht nur dazu geführt, dass man unabhängig von Zeit und Ort erfahren kann, was im entferntesten Flecken dieser Erde los ist. Das Internet hat auch zur massenhaften Verbreitung von Viren, Trojanern und anderen Formen von Cybercrime beigetragen. Im Hinblick auf die Demokratie stehen aber insbesondere zwei Aspekte im Vordergrund: Erstens die Frage, wie der Einzelne sich in der Fülle an Informationen noch zurechtfinden kann. Wir nennen das Problem „information overload“ und bezeichnen damit das quantitative Problem hinsichtlich der Infor-

mationsmenge. Andererseits geht es aber auch um die Qualität der Informationen, also um die Frage, welcher Online-Quelle ich trauen kann. Bei einem redaktionellen Beitrag im Fernsehen oder einer Tageszeitung kann der Konsument davon ausgehen, dass die Information gut recherchiert ist und unterschiedliche Aspekte ausgewogen dargestellt werden. Für einen Internet-Blog oder soziale Netzwerke gilt das nicht immer in gleichem Maße.

**Fake News und Bots führen zu einer DESINFORMATION des Bürgers im Internet.**

Der zweite Aspekt ist damit eng verbunden: So wird das Internet teilweise gezielt zur Desinformation oder Stimmungsmache genutzt. Häufig sind es gar keine Menschen mehr, die diese vermeintlichen Informationen generieren, sondern so genannte Bots. Das Problem von „Fake News“ wird dadurch verstärkt, dass soziale Netzwerke Filterblasen und Echokammern begünstigen. Das heißt, dass Facebook, Twitter und Co dazu führen können, dass eben kein demokratischer Diskurs mehr zustande kommt.

Stattdessen beschäftigen sich die User nur noch mit Quellen, die ihre bereits vorhandene Meinung bestätigen oder verstärken.

Ich möchte aber noch einmal einen Schritt zurück ins analoge Zeitalter machen. Politische Partizipation hieß damals, regelmäßig an Wahlen teilzunehmen und vielleicht Mitglied einer Partei zu sein. Als Informationsquelle dienten Fernsehen, Hörfunk und Tageszeitungen. Wenn man etwas zu sagen hatte, schrieb man einen Leserbrief und wartete mit Spannung darauf, ob er abgedruckt wird. Natürlich gab es immer auch andere Formen der Teilhabe. Das, was Sozialwissenschaftler als unkonventionelle Partizipation – etwa Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen – nennen. Die Grenzen verlaufen hierbei fließend über zivilen Ungehorsam bis hin zu illegitimen Formen der politischen Partizipation, zum Beispiel Hausbesetzungen.

#### **POLITISCHE STANDPUNKTE WERDEN SICHTBAR**

Im Zuge der Digitalisierung wurden die Möglichkeiten zur demokratischen Beteiligung erheblich erweitert, und das ist mit Sicherheit einer der positiven Aspekte. Nahezu alle staatlichen Stellen veröffentlichen offizielle Dokumente heute im Internet, das steigert die Transparenz. Gleichzeitig steht den Bürgern mittels E-Petitionen ein Instrumentarium für die politische Teilhabe zur Verfügung. Somit hat das Internet das Meinungsbild stärker demokratisiert und lässt auch politische Standpunkte von Menschen sichtbar werden, die vorher keine wahrnehmbare Stimme hatten. Die öffentliche Meinung ist dadurch natürlich differenzierter, und Konflikte treten deutlicher zutage als in analogen Zeiten. Mit anderen Worten: Der Zugang zur Politik ist niederschwelliger geworden.

**Das Internet bietet dem Bürger die Möglichkeit zur POLITISCHEN TEILHABE – Fluch oder Segen?**

Der mündige Bürger kann seine Meinung praktisch uneingeschränkt kundtun und wird dadurch gestärkt. Das Internet schafft somit ein Mehr an Demokratie. Allerdings ist nicht gewährleistet, dass diese Chancen auch ergriffen werden. Das beste Beispiel hierfür sind die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass sich die Menschen über die anfangs geringe Transparenz der Verhandlungen beklagt haben. Auch die diffuse Angst „Was machen die da eigentlich?“ ist grundsätzlich verständlich. Was ist aber passiert, als die Kommission die aktuellen Verhandlungsdokumente komplett online zur Verfügung gestellt hat? Kaum jemand wollte sie lesen. Politik ist oftmals komplex und viele Menschen schrecken davor zurück, sich mit einzelnen Details zu beschäftigen. Im Fall von TTIP blieb es somit dabei, dass neben den etablierten Medien vor allem online hochaktive Globalisierungsgegner das Meinungsbild prägten. Ausgewogenheit oder Faktenkenntnis waren dabei häufig nicht die Grundlage, vielmehr stand vielfach plumpe Stimmungsmache im Vordergrund.

Das Transparenz-Angebot wurde nicht genutzt, was ein Zeichen dafür ist, dass der digitale Wandel dem Einzelnen auch etwas abverlangt: Man muss sich informieren und beteiligen wollen. Das Beispiel TTIP zeigt aber auch, dass es schwer ist, gegen vorgefertigte Meinung anzukommen. Dabei verhärtet „social media“ oftmals Vorurteile noch. Jeder kann sich im Internet in seine Nische zurückziehen und den kontroversen Diskurs verweigern. Das galt in der analogen Welt zwar auch schon, im heutigen Digital-Zeitalter ist es aber einfacher als früher, dass sich Gleichgesinnte abkapseln und in ihrer verfestigten Meinung gegenseitig bestätigen. Wenn diese Verweigerungshaltung dann noch auf die entsprechenden Anheizer trifft, wird es kritisch. Und das hat einen einfachen Grund: Beim Wählen gilt „one man, one vote“. Im Internet gilt „one opinion, many votes“.

Das Frappierende dabei ist, dass hier nicht nur Akteure unterwegs sind, die aus Überzeugung eine bestimmte Agenda verfolgen, sondern in vielen Fällen geht es schlicht darum, wer seine Meinung am besten verkaufen kann. Und „kaufen“ ist hier durchaus wörtlich ge-

meint. Denn Meinung ist im Internet käuflich. „Likes“ und „Follower“ sind in beliebiger Zahl für wenige Euros zu haben. Dahinter verbergen sich in der Regel Fake-Profilen oder Klick-Worker vom anderen Ende der Welt. Sie suggerieren Meinung und Bedeutung, sind aber doch nur bezahlte Propaganda. Hinzu kommt ein graues Heer an „Social Bots“. Diese Roboter betreiben Nutzerprofile und geistern unermüdlich durch die Kommentarspalten der sozialen Medien. Experten schätzen, dass weltweit bis zu 100 Millionen solcher Bots im Netz ihr Unwesen treiben.

**Follower und Likes sind im Internet für wenige Euros KÄUFLICH.**

### **MEINUNGSMACHE UND GEZIELTE MANIPULATION ZU BEFÜRCHTEN**

Dabei ist es gar nicht so einfach, Bots zu erkennen, da sie mittlerweile eine gewisse Intelligenz besitzen, etwa indem sie wie Menschen Schlafenszeiten einhalten, in denen sie nicht aktiv sind. Die Jagd nach diesen Meinungsmaschinen gleicht einem Katz- und Maus-Spiel. Bots können zwar selbst nicht an die Wahlurne gehen, aber sie können die Wähler sehr wohl in ihrer politischen Entscheidung beeinflussen. Sie verbreiten gezielt Nachrichten, um damit politische Trends zu manipulieren. Sie können persönliche Sympathien und Antipathien streuen. Sie polarisieren, verstärken bestimmte Meinungen und verbreiten falsche oder unvollständige Informationen.

Zuletzt war das Internet wiederholt Schauplatz solcher zumindest fragwürdigen Einflussnahme auf die öffentliche Meinung. Die britischen Parteien setzten bei der jüngsten Unterhauswahl hochpersonalisierte Werbealgorithmen auf Facebook ein. Automatisierte Meinungsmacher verbreiteten auf sozialen Medien vermeintliche „Leaks“ rund um Emmanuel Macron. Und die Vorwürfe einer russischen Einflussnahme auf die US-Wahlen 2016 durch Hackerangriffe

und Fake News sind auch noch nicht vom Tisch. Bei der Bundestagswahl sind nach bisheriger Kenntnis solche Angriffe unterblieben. Klar ist aber, dass die Parteien soziale Medien effektiv genutzt haben. Und wir stellen auch fest: Politische Extreme neigen besonders dazu, das Internet für ihre Zwecke zu missbrauchen. Im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl von Frank-Walter Steinmeier sind wohl rund 20 Prozent der Twitter-Inhalte von Social Bots angestoßen worden oder waren Fake News.<sup>1</sup>

Auch für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen liegen Zahlen vor, dass politische Parteien soziale Netzwerke strategisch nutzen und damit ein falsches Bild der Wirklichkeit erzeugen. In den heißen Tagen vor der Wahl wurden auf Twitter die Posts untersucht, die im Zusammenhang mit der NRW-Wahl standen. Demnach waren 47 Prozent der Daten auf Twitter auf die AfD zurückzuführen. Mit weitem Abstand folgten SPD (26 Prozent), CDU (10 Prozent) und die Piraten (9 Prozent). Der Anteil des Traffics steht in keinem Verhältnis zu den Endergebnissen der Landtagswahl. Es wäre also falsch, aus dem vermeintlichen Stimmungsbild im Netz auf das Stimmungsbild der gesamten Bevölkerung zu schließen.

**Die Gefahr der öffentlichen EINFLUSSNAHME durch das Internet ist groß.**

### **BAYERN NUTZT DIE CHANCEN UND POTENZIALE DER DIGITALISIERUNG**

Ob und wie weit solche Auffälligkeiten tatsächlich auf Bots oder Fake News zurückzuführen sind, lässt sich noch schwer beurteilen. Im Grunde sollten solche Methoden oder die Beschäftigung von Klick-Workern unter demokratischen Parteien kein Thema sein. Schließlich reicht schon der Verdacht einer unlauteren Einflussnahme, um das Vertrauen der Bürger in legitime politische Kommunikation im digitalen Raum erodieren zu lassen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Seitens der Politik werden wir den technologischen Wandel nicht verhindern können, und das wollen wir auch nicht. Ganz im Gegenteil: Wir in Bayern nutzen die Chancen der Digitalisierung. Wir wollen sie nach unseren Vorstellungen gestalten. Und wir nutzen unsere Potenziale, um auch hier an der Spitze des Fortschritts zu stehen. Gleichzeitig müssen wir jetzt dafür Sorge tragen, dass bestimmte Auswüchse im Internet nicht überhandnehmen und letztlich die positiven Aspekte überwiegen.

**Die geltenden GESETZE müssen auch im Internet konsequent durchgesetzt werden.**

In der Online-Welt müssen vergleichbare Rechtsgrundsätze gelten wie in der realen Welt. Und Akteure im Internet müssen sich auch daran halten. Insbesondere müssen wir die Rechte derjenigen stärken, die von „hate speech“, von Verleumdungen oder Desinformation betroffen sind. In einem ersten, überfälligen Schritt wäre es daher notwendig, die geltenden Gesetze konsequent auch im Internet durchzusetzen, etwa um die Kostenlos-Kultur zu beenden oder um strikt gegen Hetze im Netz vorzugehen. Noch mehr brauchen wir aber einen kulturellen Wandel. Gutes Benehmen darf nicht mit dem Einloggen aufhören. Oftmals ist es aber leider so, da das Internet eine gewisse Anonymität vorgibt, gegen die sich der Einzelne kaum zur Wehr setzen kann.

Was wir jedoch nicht wollen, ist eine staatlich verordnete Zensur oder Meinungspolizei. Die Meinungsfreiheit gehört zu den elementaren Eckpfeilern unserer demokratischen Wertordnung. Das gilt auch im Internet und dort sogar besonders, weil es als Medium gerade zum freien Meinungs austausch einlädt. Trotzdem wünsche ich mir eine Debattenkultur, die andere Ansichten respektiert und nicht diskreditiert – einen echten Austausch von Argumenten an Stelle persönlicher Angriffe. Wir dürfen

die Meinungsbildung im Internet nicht den Brandstiftern und Hasspredigern überlassen. Es ist wichtig zu zeigen, dass wir gewillt sind, den Kampf um Meinungsvielfalt und eine offene Gesellschaft zu führen. Gegen Manipulation durch Fake News, gegen die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas durch Hass, aber auch gegen Zensur.

### **INFORMIERTER UMGANG MIT DEN NEUEN MEDIEN IST SCHLÜSSELKOMPETENZ**

Das kann die Politik allerdings nicht alleine leisten. Es bedarf dafür auch mehr gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit, damit aus Medienkompetenz digitale Mündigkeit wird. Deswegen ist der informierte Umgang mit den neuen Medien heute auch eine Schlüsselkompetenz. Dabei geht es eben nicht nur darum, technische Hürden zu überwinden und Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Entscheidend ist auch, sich der Folgen seines Tuns im Internet bewusst zu werden. Auch bei den „digital natives“ gibt es durchaus noch Erkenntnislücken. Selbst bei Snapchat löst sich ein peinliches Foto nicht einfach so in Wohlgefallen auf. Und der Mitschüler, den ich via Whatsapp mobbe, wird dadurch genauso verletzt, wie wenn es in der Schule direkt geschieht. Diese Einsicht muss natürlich auch für alle anderen gelten, die im Netz aktiv sind.

**Bayern soll zu einem Spitzenreiter der DIGITALISIERUNG werden.**

Mir geht es aber vor allem darum, dass wir die vielfältigen Chancen der Digitalisierung nutzen und das in jeder Hinsicht. Das gilt für die Wirtschaft ebenso wie für unsere Demokratie. Was die Wirtschaft angeht, hat die Bayerische Staatsregierung bereits ein sehr erfolgreiches Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht, damit Bayern zu einem Spitzenreiter der Digitalisierung wird und zwar vom kleinen Hand-

werksbetrieb bis zum DAX-Konzern. Mit dem Projekt „digitale Dörfer“ untersuchen wir gerade, welche Chancen digitale Anwendungen spezifisch im ländlichen Raum bieten. Wir wollen aber auch die Digitalisierung von Gesellschaft und Politik weiter vorantreiben. Dass das notwendig ist, zeigt ein erneuter Blick nach Großbritannien. Es gibt erhebliche Anzeichen dafür, dass britische Jungwähler mehrheitlich den Brexit-Wahltag nicht kannten und viel zu viele ließen so ihr Stimmrecht ungenutzt. Genau diese Altersgruppe gibt aber an, sich Informationen vor allem aus sozialen Netzwerken zu verschaffen.<sup>2</sup> Das allein macht schon deutlich, dass Facebook, Twitter und Co als Informationsquelle allein nicht ausreichen. Es gilt daher, ein ausgewogenes Maß an Online- und Offline-Kommunikation zu finden, um möglichst breite Bevölkerungsschichten in die politische Willensbildung mit einzubeziehen.

So gehen wir beispielsweise beim geplanten Bürgergutachten „2030. Bayern, Deine Zukunft“ vor. Wir nutzen dazu das Jubiläumsjahr 2018 – in dem wir 100 Jahre Freistaat Bayern feiern – um die Menschen zu fragen, wie sie sich das künftige Zusammenleben in Bayern vorstellen. Im Fokus steht dabei das Prinzip der Mitmachdemokratie. Ab Herbst finden acht regionale Bürgerkonferenzen im ganzen Land statt, bei denen Bürgerinnen und Bürger mit Vertretern der Staatsregierung über die Zukunft ihrer Heimat diskutieren können. Ab Dezember öffnen wir den Diskurs für alle Menschen in Bayern in Form eines Online-Dialogs. Sechs Wochen lang können sie die auf den Bürgerkonferenzen eingebrachten Vorschläge gewichten, kommentieren und weiterentwickeln. Dafür richten wir aktuell die Plattform [www.2030-deine-zukunft.bayern](http://www.2030-deine-zukunft.bayern) ein. Im Frühjahr 2018 soll dann das Bürgergutachten auf einem Bürgergipfel in München fertiggestellt werden. Teilnehmer der regionalen Konferenzen und ausgewählte Teilnehmer der digitalen Phase werden beschließen, welche online eingebrachten Empfehlungen in das Gutachten aufgenommen werden sollen. Das fertige Gutachten wird im Anschluss auch online verfügbar sein, so dass alle Interessierten sich über die Inhalte und den Prozess informieren können. Dann wird es Aufgabe der Staatsregierung sein, die Handlungsempfehlungen aufzugreifen.

**Bürgerbeteiligung sowie die Einführung von VOLKSENTSCHEIDEN auf Bundesebene haben oberste Priorität.**

Im Wirtschaftsministerium haben wir mit dem Energiedialog und ebenso mit der Taskforce Netzausbau bereits ein ähnliches Verfahren zur Anwendungen gebracht. Mit der Mischung aus Präsenzveranstaltungen und Online-Kommunikation haben wir gute Erfahrungen gemacht. Alles in allem ist der Aufwand hier erheblich größer, vor allem wenn alle digitalen Eingaben auch ausgewertet werden und in den Dialogprozess einfließen. Aber es lohnt sich. Uns ist es auf diese Art gelungen, ein breites Stimmungsbild zur Energiewende einzuholen, Bedenken auszuräumen und auf berechnete Einwände einzugehen. Diese Erfahrungen waren ein Grund, warum dem Thema Bürgerbeteiligung im Bayernplan zur Bundestagswahl ein so hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Unsere Maxime ist Bürgerbeteiligung auf allen Kanälen – offline wie online. Deswegen machen wir uns auch für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene stark. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden.

### **DEMOKRATIE LEBT VON MEINUNGS- AUSTAUSCH**

Genau darum geht es nämlich: Wenn die Digitalisierung einen echten Mehrwert für die Demokratie bieten soll, dann ist es nicht damit getan, mit dem Bürger zu chatten oder E-Mails zu beantworten. Online-Kommunikation muss dann auch zu konkreten politischen Handlungen führen. Es geht uns um echte, reale Teilhabe am politischen Prozess. Ernst gemeinte Bürgerbeteiligung bereichert und ergänzt unsere parlamentarische Demokratie. So führt die Digitalisierung zu einer direkteren Demokratie. Dabei könnte man meinen, dass sich diese Entwick-

lung gegen die Parteien als Transmissionsriemen wendet. Dem ist aber nicht so. Direkte Demokratie in ihrer modernen Ausprägung ist keinesfalls revolutionär. Im Gegenteil: Sie ist vielmehr konservierend. Gerade weil die Politik der Hinterzimmer und der Basta-Rhetorik schon lange nicht mehr zeitgemäß ist. Digitalisierung und Bürgerbeteiligung sind so etwas wie ein Update für die parlamentarische Demokratie.

Um die eingangs gestellte Frage zu beantworten: Für mich persönlich, und dabei weiß ich viele politische Mitstreiter an meiner Seite, ist die Digitalisierung mehr Segen als Fluch. Das Internet ist vor diesem Hintergrund eine Bereicherung für alle Menschen und macht Partizipation vielfältiger. Für uns Politiker bedeutet das aber auch, sich noch mehr mit den Bürgern auseinanderzusetzen. Die Kommunikation ist umfangreicher, kontinuierlicher und transparenter. Dem müssen wir uns aber stellen, und tun das auch gerne. Denn schließlich lebt die Demokratie vom Meinungs austausch.

---

**|| FRANZ JOSEF PSCHIERER, MDL**

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium  
für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

---

**ANMERKUNGEN**

- <sup>1</sup> Neudert, Lisa-Maria N.: Computational Propaganda in Germany: A Cautionary Tale, Working Paper No. 2017.7, Oxford; <http://comprop.oii.ox.ac.uk/wp-content/uploads/sites/89/2017/06/Comprop-Germany.pdf>
- <sup>2</sup> Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): Stuttgart und bitkom: Jeder Fünfte nutzt soziale Netzwerke als Nachrichtenquelle, JIM-Studie 2016; [www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Jeder-Fuenfte-nutzt-soziale-Netzwerke-als-Nachrichtenquelle.html](http://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Jeder-Fuenfte-nutzt-soziale-Netzwerke-als-Nachrichtenquelle.html)